

Sessionsvorschau

Empfehlungen des Mieterinnen- und Mieterverbands

Wintersession 2024

Die wichtigsten Geschäfte zu Mieten und Wohnen im National- und Ständerat

Rat	Datum	Geschäft	Empfehlung
NR und SR	12.12.2024 Ev. 16.12.2024 20.12.2024	17.400 Pa. Iv. Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung	Ablehnung an der Schlussabstimmung
NR und SR	12.12.2024 Ev. 16.12.2024 20.12.202	22.454 Pa. Iv. Einführung einer Objektsteuer auf Zweitliegenschaften	Ablehnung an der Schlussabstimmung

Weitere Geschäfte im Nationalrat

Rat	Datum	Geschäft	Empfehlung
NR	Pa.Iv.*	23.465 Pa. Iv. Suter. Gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Vorkaufsrecht für Gemeinden einführen	Annahme
NR	Vorstoss UVEK**	22.4301 Mo. (Imboden) Weichelt. Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Immobilien bei Gemeinden für Aufgaben im öffentlichen Interesse ermöglichen	Annahme
NR	Vorstoss WBF**	24.3402 Mo. Sozialdemokratische Fraktion. Bundesamt für Wohnungswesen neu zuteilen. Aktionsplan für bezahlbare Mieten neu aufgleisen	Annahme

*Parl. Initiativen im Nationalrat am: 2.12. / 9.12. / 10.12. / 12.12. / 17.12. / 18.12.

**Par. Vorstösse Kategorie IV: UVEK, im NR am 10.12., // WBF, im NR am 12.12.

Weitere Geschäfte im Ständerat

Rat	Datum	Geschäft	Empfehlung
SR	18.12	24.3828 Mo. Broulis. Für einen Eigenmietwert, in dem Umweltinvestitionen berücksichtigt werden	Ablehnung

Die wichtigsten Geschäfte im National- und Ständerat

Donnerstag, 12. Dezember / Ev. Montag, 16. Dezember / Freitag, 20. Dezember (Schlussabstimmung)

17.400 Pa. Iv. Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung

Seit mehreren Jahren liegt die Vorlage zur Reform der Wohneigentumsbesteuerung auf dem Tisch des Parlaments. An ihrer letzten Sitzung hat sich die WAK-S sowohl beim Systemwechsel als auch beim Schuldzinsabzug mehrheitlich dem Nationalrat angeschlossen. So sieht die gewählte Lösung die Abschaffung des Eigenmietwerts für Erst- und Zweitwohnungen vor und schliesst den Abzug von Schuldzinsen im Zusammenhang mit persönlich genutzten Immobilien aus.

Unabhängig von der gewählten Lösung wären die steuerlichen Auswirkungen für Bund, Kantone und Gemeinden beträchtlich - insbesondere im aktuellen Tiefzinsumfeld. Es würde Jahre dauern, bis der durchschnittliche Zinssatz für Eigenheimbesitzende wieder auf 3,5% ansteigen und damit ein steuerliches Gleichgewicht hergestellt würde.

Der Mieterinnen- und Mieterverband stellte sich nicht grundsätzlich gegen die Abschaffung des Eigenmietwerts, forderte aber einerseits, dass dies auf Verfassungsebene geschieht, um so die Rückkehr ungerechtfertigter Steuerabzüge zu verhindern und andererseits die totale Abschaffung aller mit der Immobilie verbundenen Abzüge, um so die Gleichheit der Behandlung von Eigentümerinnen und Mietern zu gewährleisten. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass unabhängig der von den Räten gewählten Lösung eine eklatante Ungleichheit zwischen Mietenden und Eigentümerinnen und Eigentümern darstellt und ausserdem zu sehr hohen Steuerausfällen in einem schwierigen finanziellen Umfeld führt.

Der Mieterinnen- und Mieterverband empfiehlt, die parlamentarische Initiative 17.400 in der Schlussabstimmung abzulehnen.

Donnerstag, 12. Dezember / Ev. Montag, 16. Dezember / Freitag, 20. Dezember (Schlussabstimmung)

22.454 Pa. Iv. Einführung einer Objektsteuer auf Zweitliegenschaften

Diese parlamentarische Initiative wird im Zusammenhang mit der Abschaffung des Eigenmietwerts behandelt. Sie will den Alpenkantonen, die sich vehement gegen einen kompletten Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung wehren, eine Lösung anzubieten. Da der Mieterinnen- und Mieterverband den vorliegenden Systemwechsel ablehnt, empfiehlt er ebenfalls eine Ablehnung einer Objektsteuer für Zweitwohnungen.

Der Mieterinnen- und Mieterverband empfiehlt, die parlamentarische Initiative in der Schlussabstimmung abzulehnen.

Weitere Geschäfte im Nationalrat

Parlamentarische Vorstösse, im Nationalrat am 2.12./9.12./10.12./12.12./17.12./18.12.

23.465 Pa. Iv. Suter. Gemeinnützigen Wohnungsbau fördern. Vorkaufsrecht für Gemeinden einführen

Trotz des Verfassungsartikels zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus stagniert der Anteil dieses Segments seit Jahren bei rund 5 Prozent. Das Vorkaufsrecht der Gemeinden wäre ein nützliches Instrument zur Umsetzung der Verfassungsaufgabe. Die Gemeinden können sich ein solches Recht nicht selbst einräumen, sondern sie benötigen eine gesetzliche Grundlage auf kantonaler oder nationaler Ebene. Die parlamentarische Initiative fordert eine Gesetzgebung auf Bundesebene.

Der Mieterinnen- und Mieterverband empfiehlt diese parlamentarische Initiative zur Annahme.

Parlamentarische Vorstösse Kategorie IV UVEK, im Nationalrat am 10. Dezember

22.4301 Mo. (Imboden) Weichelt. Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Immobilien bei Gemeinden für Aufgaben im öffentlichen Interesse ermöglichen

Gemeinden haben heute Schwierigkeiten, Grundstücke für den Bau von öffentlichen Gebäuden zu erwerben. Ein Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Immobilien würde es den Gemeinden ermöglichen, solche Infrastrukturen zu errichten und Bauprojekte von öffentlichem Interesse durchzuführen. Die Motionärin möchte ein Vorkaufsrecht einführen, das nicht für Grundstücke oder den Verkauf von Immobilien innerhalb der Familie gelten würde.

Der Mieterinnen- und Mieterverband empfiehlt diese Motion zur Annahme.

Parlamentarische Vorstösse Kategorie IV WBF, im Nationalrat am 12. Dezember

24.3402 Mo. Sozialdemokratische Fraktion. Bundesamt für Wohnungswesen neu zuteilen. Aktionsplan für bezahlbare Mieten neu aufgleisen

Der Bundesrat wird aufgefordert, das Bundesamt für Wohnungswesen BWO in das Departement für innere Angelegenheiten EDI zu verschieben. In der aktuellen Situation dominieren wirtschaftspolitische und markt-nahe Überlegungen und nicht sozialpolitische das BWO. Doch die Wohnkosten werden zunehmend zu einer sozialpolitischen Herausforderung und damit zu einer Frage des sozialen Zusammenhalts - zwei Themen, die besser in die Arbeit des EDI als in diejenige des WBF passen. Die Motion verlangt zudem, dass neue Schritte zur Bekämpfung der Wohnungsnot und der explodierenden Mieten unternommen werden.

Der Mieterinnen- und Mieterverband empfiehlt diese Motion zur Annahme.

Mittwoch, 18. Dezember

24.3828 Mo. Broulis. Für einen Eigenmietwert, in dem Umweltinvestitionen berücksichtigt werden

Die Motion zielt darauf ab, die Bestimmung des Eigenmietwerts zu ändern, um den Eigentümerinnen Eigentümern eine zeitlich gestaffelte Entlastung zu gewähren. Die Motion kommt zu einem ungünstigen Zeitpunkt, da die Umsetzung der parlamentarischen Initiative 17.400 zur Abschaffung des Eigenmietwerts kurz vor dem Abschluss steht. Darüber hinaus unterstützt die Motion einen progressiven Steuervorteil, von dem Wohneigentümerinnen und -eigentümer profitieren würden. Die würde zu einem Ungleichgewicht von Wohneigentümern in Bezug auf progressive Steuern führen.

Der Mieterinnen- und Mieterverband empfiehlt diese Motion zur Ablehnung.

Kontakt



Linda Rosenkranz, Generalsekretärin
Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz (MV)
linda.rosenkranz@mieterverband.ch
031 301 90 50
079 743 50 47



Pauline Crettol, stv. Generalsekretärin
Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz (MV)
pauline.crettol@asloca.ch
031 301 90 19
079 648 76 14

Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz (MV)

Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

031 301 90 50

info@smv-asloca-asi.ch

www.mieterverband.ch | www.asloca.ch